2015/04 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2015/04/israelische-klaustrophobie

Junge Israelis wollen auswandern

Israelische Klaustrophobie

Von **Martin Hoffmann**

Viele junge liberale Israelis wollen auswandern. Sie sind frustriert von der politischen Führung, hohen Lebenshaltungskosten und der angespannten Situation im Land.

Israels ehemaliger Ministerpräsident und Verteidigungsminister, Ehud Barak, nannte das Land einst »eine Villa im Dschungel« des Nahen Ostens. Die blutigen Umwälzungen der vergangenen Jahre in der Region, allen voran der andauernde Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien, scheinen Baraks Metapher Recht zu geben. Dennoch ist ein wachsender Teil der jungen Generation unzufrieden mit der Situation im Land und spielt mit dem Gedanken auszuwandern. Einer Umfrage der Tageszeitung Haaretz zufolge ziehen fast 40 Prozent der jungen Israelis in Erwägung, Israel zu verlassen.
Im Oktober vergangenen Jahres schlug die Kampagne »Olim le Berlin« große Wellen im Land. Olim ist der hebräische Begriff für Neueinwanderer, die nach Israel kommen. Der Initiator der Kampagne, der 25jährige Naor Narkis, der vor einem Jahr mit seiner Familie nach Berlin gezogen war, forderte das genaue Gegenteil: Israelis sollten in Massen nach Berlin auswandern. Seine Argumentation war eindeutig: Er fotografierte die Rechnung seines Supermarkt-Einkaufs in Berlin und stellte den Kassenzettel in die sozialen Netzwerke. In Israel, wo die Lebenshaltungskosten verglichen mit anderen westlichen Ländern extrem hoch sind, fand die Aktion in kürzester Zeit viel Zustimmung. Doch auch wütende Reaktionen blieben nicht aus. Wegen der Preise für Pudding das Land zu verlassen, sei schamlos, meinten nicht wenige – umso mehr, wenn das Ziel der Auswanderung ausgerechnet die deutsche Hauptstadt Berlin sein sollte.

Auswanderung ist ein sensibles und ideologisch aufgeladenes Thema im Einwanderungsland Israel. Es ist noch nicht allzu lange her, dass der damalige Ministerpräsident Yitzhak Rabin Auswanderer »Weicheier« nannte. Zu seiner Zeit galt Auswanderung in weiten Kreisen der israelischen Gesellschaft noch als Verrat am zionistischen Projekt. In der derzeitigen Debatte hingegen ist das Verständnis, das auswanderungswilligen jungen Menschen entgegengebracht wird, deutlich größer.
Yarkis erklärte seine Aktion so: Erst ein Schub von 30 000 bis 40 000 Auswanderern würde

der politischen Führung einen Schock versetzen und sie zum Handeln bewegen. Damit nahm er Bezug auf die Sozialproteste von 2011 – die größten Proteste in der Geschichte Israels – und die vergebliche Hoffnung auf den Shooting Star der letzten Wahlen, Yair Lapid. Dessen neugegründete Partei Yesh Atid wurde bei den letzten Parlamentswahlen zweitstärkste Kraft, nachdem sie das Thema der hohen Lebenshaltungskosten ins Zentrum ihres Wahlkampfs gestellt hatte. Doch in seiner Funktion als Finanzminister enttäuschte der ehemalige Fernsehmoderator die meisten seiner Wählerinnen und Wähler.
Aber die hohen Lebenshaltungskosten seien nur ein Grund unter vielen für Emigrationspläne, sagt Arthur Pacalet, der an der Universität Tel Aviv seine Abschlussarbeit über israelische Auswanderung schreibt und dafür zahlreiche auswanderungswillige junge Israelis interviewt hat. In seinen Gesprächen hörte er einen immer wiederkehrenden Tenor. Pacalet spricht von einer »Form der politischen und sozialen Klaustrophobie«, die ein großer Teil der jungen Generation teile.
Diese Wahrnehmung werde durch die räumliche Enge des Landes noch verstärkt. Die Busfahrt von Tel Aviv nach Jerusalem dauert nur eine Stunde, doch die wenigsten liberalen jungen Israelis können sich vorstellen, im konservativen, religiösen und spannungsgeladenen Jerusalem zu wohnen. So herrscht bei einem Großteil der gebildeten jungen Generation die Auffassung, dass Tel Aviv der einzige Ort zum Leben sei. Doch obwohl die Stadt das wirtschaftliche Zentrum des Landes ist, sei es dort üblich, dass in vielen beruflichen Feldern fast jeder jeden kennt – was das Gefühl sozialer Eingeengtheit zusätzlich verstärke, so Pacalet.

Ein ebenso wiederkehrendes Motiv in Gesprächen mit jungen Israelis seien die Spannung und latente Gewalt, die die Gesellschaft prägten. Dabei ist Pacalet zufolge nicht nur das direkte Gewaltrisiko durch Anschläge oder den Gaza-Krieg im vergangenen Sommer entscheidend, sondern auch die dadurch entstehende Polarisierung der Gesellschaft. »Es sind nicht nur Terroranschläge oder Krieg, die die Gewalt in unsere Gesellschaft tragen, sondern auch die gegensätzlichen Meinungen, wie darauf zu reagieren sei. Die Gesellschaft ist nicht nur ökonomisch und in der Frage der Religiösität extrem polarisiert, sondern auch im Hinblick auf politische Ansichten«, so Pacalet. Ein Beispiel dafür waren die Angriffe auf israelische Linke, die in Tel Aviv und Haifa im vergangenen Sommer gegen den Gaza-Krieg demonstriert hatten.
Pacalets Umfragen haben ebenso wie die Haaretz-Studie noch einen anderen Trend erkannt: Es sind vor allem Menschen mit hohem Bildungsstand aus den säkularen und liberalen Kreisen der Gesellschaft, die Auswanderung in Erwägung ziehen. Israelis, die sich als politisch rechts oder religiös-konservativ verstehen, ziehen eine Auswanderung weitaus seltener in Betracht. Für sie spielt die jüdische Identität eine größere Rolle in ihrem Selbstverständnis – und sie sehen Israel als den zentralen Ort für Jüdinnen und Juden in der Welt an. Nach den jüngsten Anschlägen in Frankreich betonte auch Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erneut, dass Israel alle Jüdinnen und Juden, die nach Israel kommen wollen, willkommen heiße. Ihnen bietet Israel immerhin die Möglichkeit, offen zu ihrem Judentum zu stehen. Insbesondere seit dem letzten Gaza-Krieg und dem Anstieg antisemitischer Übergriffe sind Tausende jüdische Französinnen und Franzosen nach Israel eingewandert, auch wenn Jüdinnen und Juden sich selbst dort nicht immer vor Anschlägen und Gewalt sicher fühlen dürfen.

Unter Israelis aus dem religiösen oder rechten Lager sei die Akzeptanz der regelmäßigen Eskalationen der Gewalt deutlich höher, schreibt der Journalist Roger Alpher in Haaretz. Er gibt diese Einschätzung überspitzt mit folgenden Worten wieder: »Wenn ich über Auswanderung nachdenke, teile ich den Realismus, den Rentenminister Uri Orbach (Anm.: von der nationalreligiösen Partei Habayit Hayahudi) an den Tag legt. Ich stimme ihm zu, wenn er sagt, dass wir uns und unsere Kinder darauf einstellen müssen, alle paar Jahre einen Krieg zu führen.« Die Schuld daran gibt Alpher jedoch beiden Seiten zu gleichen Teilen: »Wegen Siedlern wie ihm und radikalen arabischen Gruppen wie der Hamas und der Hizbollah werden auch weiterhin Raketen auf uns geschossen werden. Nur ist das nicht mehr das Land, in dem ich meine Kinder großziehen möchte.«

Die Einschätzung, dass die religiösen und politisch rechten Kräfte in der israelischen Gesellschaft an Einfluss gewinnen werden, wird von vielen liberalen Israelis geteilt. Der 39jährige Yonatan Knoll ist in einem Kibbuz aufgewachsen und arbeitet an der Physik-Fakultät der Universität Haifa. Er sagt: »Im Gegensatz zur Generation meiner Eltern sind es heute nur noch die Nationalreligiösen, die bereit sind, für das Land zu kämpfen und zu sterben.« Diese könnten über kurz oder lang entscheidende Schlüsselpositionen besetzen – was es wiederum liberalen Israelis schwer machen wird, sich in diesem Staat wiederzufinden. »Wenn ein Nationalreligiöser Präsident wird und über Krieg und Frieden entscheidet, würde ich meine Kinder nicht zur Armee schicken. Nur müsste ich in einer solchen Situation auch darüber nachdenken, das Land zu verlassen.« Wo jüdische Israelis außerhalb Israels in Frieden leben können, ist eine andere Frage.

© Jungle World Verlags GmbH